

Absender:

An das
Amtsgericht *Ort*
Familienabteilung
Straße Hausnummer
Postleitzahl Ort

Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 1666 BGB (Gewaltschutz für Kind)

Bitte Zutreffendes ankreuzen

Antragsteller/in (mind. Kind):

weiblich

männlich

Name:

Vorname:

geb. am:

Staatsangehörigkeit:

Straße, Hausnummer*:

PLZ, Wohnort*:

gegenwärtiger Aufenthalt
(falls vom Wohnort abweichend)*:

Telefon*:

gesetzlich vertreten durch Kindsmutter / Kindesvater:

Frau

Herr

Name:

Vorname:

geb. am:

Staatsangehörigkeit:

Straße, Hausnummer*:

PLZ, Wohnort*:

gegenwärtiger Aufenthalt
(falls vom Wohnort abweichend)*:

Telefon*:

* Angaben gesondert mitteilen, wenn die Daten d. Antragsgegner nicht bekannt gegeben werden sollen

gegen

Antragsgegner/in:

Frau

Herr

Name:

Vorname:

geb. am:

Staatsangehörigkeit:

zustellfähige Anschrift (**Darf nicht mit dem Briefkasten/der Anschrift d. Antragst. identisch sein!**):

Straße, Hausnummer:

PLZ, Wohnort:

gegenwärtiger Aufenthalt
(falls vom Wohnort abweichend):

Telefon:

Durch einstweilige Anordnung soll gemäß § 1666 BGB bestimmt werden, dass d. Antragsgeg. vorläufig die gemeinsam genutzte Wohnung in

d. Antragst. sofort zur alleinigen Benutzung zu überlassen, die Wohnung sofort zu verlassen und dass d. Antragsgeg. d. Antragst. sämtliche zur Wohnung gehörenden Schlüssel herauszugeben hat.

Durch einstweilige Anordnung soll gemäß § 1666 BGB bestimmt werden, dass d. Antragsgeg. es vorläufig zu unterlassen hat,

die Wohnung d. Antragst. in

zu betreten und sich im Umkreis von 200 Metern der Wohnung d. Antragst. aufzuhalten,

sich der Arbeitsstelle d. Antragst. in

[Redacted area]

auf eine Entfernung weniger als 200 Meter zu nähern,

in irgendeiner Form Verbindung z. Antragst. etwa durch Ansprache, Telefonat, Fax, E-Mail, SMS, WhatsApp oder sonstige Kommunikationsmittel aufzunehmen,

sonst ein Zusammentreffen mit d. Antragst. herbeizuführen und sich d. Antragst. weniger als 200 Meter zu nähern. Bei einem zufälligen Zusammentreffen hat d. Antragsgeg. diesen Abstand sofort wieder herzustellen.

Gründe für meinen Antrag:

Zur Schilderung des aktuellen Vorfalles verweise ich auf die beigefügte Anlage.

Ich habe am [Redacted] Anzeige bei der Polizei/

Polizei-Revier [Redacted]

wegen [Redacted]

erstattet. Diese betrifft den aktuellen Vorfall.

Die Vorgangsnummer lautet: [Redacted]

Eine Kopie der Bestätigung der Aufnahme der Anzeige

reiche ich unaufgefordert nach.

habe ich beigefügt.

Die Polizei hat ein Betretungsverbot der Wohnung für d. Antragsgegner/in wegen des aktuellen Vorfalles ausgesprochen.

JA, bis zum [Redacted]

NEIN.

Ich lebe mit d. Antragsgegner/in dauerhaft zusammen.

JA, seit dem [Redacted]

NEIN.

JA, aber seit dem [Redacted] nicht mehr.

Vor dem nachfolgend geschilderten konkreten Vorfall gab es bereits Probleme.

D. Antragsgegner/in hat mich in der Vergangenheit

geschlagen

Wann:

Wie häufig:

Verletzungen:

bedroht / belästigt

Wann:

Wie häufig:

Art der Bedrohung /
Belästigung:

Welche Worte:

Feld zur Niederschrift der Gründe (aktueller Vorfall):

Wann fand der aktuelle Vorfall statt?

Wo fand er statt?

Wie sieht die aktuelle Bedrohung / Belästigung aus? – Bitte genau schildern! –

(z.B. körperliche Gewalt durch Schlagen womit wohin, durch Boxen, wohin, Schubsen wogegen usw., werfen mit welchen Gegenständen wohin; verbale Bedrohung mündlich und/oder in Form von SMS, Telefon usw. mit welchem Inhalt, Beleidigungen mit welchem Inhalt usw.)

Large empty text area for recording details of the incident.

Ich reiche folgende Anlagen als Beweis ein:

- ärztliches Attest vom: [REDACTED]

- Strafanzeige vom: [REDACTED]

- [REDACTED]

Die behandelnden Ärzte werden von der ärztlichen Schweigepflicht entbunden.

In Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung versichere ich hiermit die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben.

Gesetzestext des § 156 Strafgesetzbuch:

"Wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung falsch aussagt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."

[REDACTED], den [REDACTED]

Unterschrift d. Antragst. / d. gesetzlichen Vertret.